



# Änderungs- Anträge

zum Landesparteitag  
der SPD Baden-Württemberg  
in Singen

**14. März 2015**

### **Änderungsantrag zum Antrag AS1**

- Änderungsantrag 1:

Streiche Zeile 87 bis 145 und ersetze durch:

*"Wir begrüßen, dass die sozialdemokratischen Bundesminister Heiko Maas und Manuela Schwesig einen Gesetzentwurf für eine bessere Vertretung von Frauen in Führungspositionen in Wirtschaft und öffentlicher Verwaltung auf den Weg gebracht haben, der folgende Elemente enthält:*

- Eine feste Geschlechterquote von 30% für Aufsichtsräte und verbindliche Zielgrößen für Vorstände, Aufsichtsräte und oberste Managementebenen in voll mitbestimmungspflichtigen und börsenorientierten Unternehmen.*
- Von den Unternehmen selbst gesetzte Zielgrößen für Aufsichtsrat, Vorstand und oberste Managementebene in den übrigen mitbestimmungspflichtigen oder börsennotierten Unternehmen. Dabei darf die eigene Zielmarke nicht unter dem bisherigen Wert liegen, wenn dieser bisher unter 30% liegt.*
- Eine Geschlechterquote von 30% für Aufsichtsgremien und weiterer wesentlicher Gremien, in denen dem Bund mindestens drei Sitze zustehen (Ziel 2018: 50%)*
- Eine Verpflichtung auf konkrete Zielvorgaben und Maßnahmen für jede Führungsebene der*

*Bundesverwaltung.*

*Nach wie vor sind Frauen in den Führungsetagen und Unternehmen stark unterrepräsentiert. Das Ziel einer 40%-Geschlechterquote in Vorständen und Aufsichtsräten großer Unternehmen, sowie in den Führungsebenen der Landesverwaltung werden wir deshalb künftig weiter verfolgen. Der Anteil von Frauen im mittleren Management kann künftig auch mit einem Kaskadenmodell erhöht werden. Danach orientiert sich der Frauenanteil in jeder Hierarchieebene an dem Frauenanteil in der darunter gelegenen Ebene."*

- Änderungsantrag 2:

Streiche Zeile 231-233: *"Für Eltern, die Schichtarbeit leisten, müssen 24h-Betreuungsangebote geschaffen werden."*

- Änderungsantrag 3:

Streiche Zeile 275 bis 292 und ersetze durch:

*„Zeit für Familie umfasst auch Zeit für ältere Familienmitglieder. Immer häufiger haben insbesondere Frauen, aber auch Männer, die Aufgabe, sich um ältere Familienmitglieder zu kümmern, sie zu unterstützen oder zu pflegen. Auch darauf muss sich die Arbeitswelt einstellen. Gleichzeitig muss die Versorgungsinfrastruktur durch den Ausbau ambulanter*

*Pflegestationen und wohnortnaher Pflege sowie Unterstützungsdienste für pflegende Angehörige weiter ausgebaut werden.“*

- Änderungsantrag 4:

Streiche in Zeile 326: *"Bewerbungsgespräche müssen immer unter dem Sechs-Augen-Prinzip geführt werden."*

**Antragsbereich Ä/ Antrag 2**  
**Kennnummer 4221**  
**Kreisverband Konstanz**

#### **Änderungsantrag zum Antrag AS5**

Ersetze Z. 51-70 durch: „Die Fahrtkosten werden grundsätzlich rückerstattet. Darüber hinaus fordern wir das Land dazu auf, eine tarifvertragliche Regelung zur Vergütung von Praktika mit den Gewerkschaften zu treffen.“

**Antragsbereich Ä/ Antrag 3**  
**Kennnummer 4217**  
**Kreisverband Karlsruhe Stadt**

#### **Änderungsantrag zum Antrag B3**

- Änderungsantrag 1:

Zeile6: ersetze „schon mit dem Schuljahr 2014-15 einzurichten“ durch: „zum frühestmöglichen Zeitpunkt einzuführen.“

- Änderungsantrag 2:

Streichung Zeile 7 -11

**Antragsbereich Ä/ Antrag 4**  
**Kennnummer 4218**  
**Kreisverband Zollernalb**

#### **Änderungsantrag zum Antrag B7**

Streiche Zeile 88-90

~~Die Übernahmepflicht muss bei jedem Betrieb eingeführt werden.~~

#### **Begründung:**

Es ist durchaus sinnvoll, wenn Unternehmen über Bedarf ausbilden, um so möglichst vielen

Jugendlichen und jungen Erwachsenen eine Ausbildungsstelle zu ermöglichen. Gerade große Unternehmen, bilden teilweise über Bedarf aus, um ihrer sozialen Verantwortung gerecht zu werden. Dies nutzt später kleinen Unternehmen, die keine qualifizierte Ausbildung zur Verfügung stellen können und so dennoch auf bereits ausgebildete junge Menschen zurückgreifen können. Durch eine festgesetzte Übernahmepflicht aller Auszubildenden werden Unternehmen sich genau überlegen, wieviele Ausbildungsstellen sie anbieten werden und ggf. dadurch zurückhaltender Auszubildende einstellen, was den Ausbildungsmarkt verschlechtert. Grundsätzlich sollten die Bereitschaft von Unternehmen, junge Menschen auszubilden, nicht durch eine solche Übernahmepflicht erschwert oder gemindert werden.

**Antragsbereich Ä/ Antrag 5**  
**Kennnummer 4212**  
**Kreisverband Zollernalb**

**Änderungsantrag zum Antrag I1**

Streiche Zeile 75 und 76

~~-, wirtschaftliche Gründe (auch Armutszuwanderung)~~

**Begründung:**

Der momentane starke Flüchtlingsstrom aus vielen Krisengebieten der Welt stellt uns vor eine große Aufgabe was eine gute Unterbringung der Flüchtlinge angeht. Bereits die Landeserstaufnahmestelle (LEA) in Karlsruhe war und ist deutlich überfüllt. Nun sind weitere LEAs hinzugekommen, wie etwa in Ellwangen auf der Ostalb oder Meßstetten im Zollernalbkreis. In Meßstetten wurde die vorher veranschlagte Anzahl von 1.000 Flüchtlingen, für welche die Wohnräume vorhanden sind, nun bereits schon überschritten. Bedingt durch diese Sachverhalte müssen wir Prioritäten setzen, welche Dringlichkeit die Aufnahme der Flüchtlinge hat. Flüchtlinge, die durch Verfolgung oder Krieg Angst um ihr Leben haben müssen, wie etwa aus Syrien und anderen Krisengebieten, haben dadurch Vorrang vor Flüchtlingen aus sicheren Staaten, die wie im Antrag beschrieben aus wirtschaftlichen Gründen einwandern, aber keiner lebensbedrohenden Gefahr ausgesetzt sind. Andernfalls ist es uns in Zukunft nicht mehr möglich den stark bedrohten Flüchtlingen den nötigen Schutz zu bieten.

Hier ist deutlich zwischen Asyl- und Einwanderungsrecht zu unterscheiden. Selbstverständlich muss die Möglichkeit vorhanden sein, durch das reguläre Einwanderungssystem das Bleiberecht in Deutschland zu erhalten. Wer durch seine Qualifikation geeignet ist, in Deutschland zu arbeiten und zu leben, darf sich davon selbstverständlich auch einen wirtschaftlichen Vorteil erhoffen. Berechtigt wird im Antrag auf das kanadische Punktesystem verwiesen.

**Antragsbereich Ä/ Antrag 6**  
**Kennnummer 4207**  
**Kreisverband Freiburg**

**Änderungsantrag zum Antrag I1**

**Einfügen bei Zeile ab 90:**

Zum einer Willkommenskultur gehört zudem, dass wir Einwander\*innen auch im Bezug auf Bildung und Qualifizierung auf Augenhöhe begegnen. Wir fordern ein praktikables und unbürokratisches Anrechnungsverfahren für berufliche und akademische Qualifikationen die in anderen Ländern erworben haben, das es Menschen, die zu uns kommen schnell ermöglicht in ihrem Beruf Arbeit zu finden und auf eigenen Beinen zu stehen.

**Begründung:**

erfolgt mündlich

**Antragsbereich Ä/ Antrag 7**  
**Kennnummer 4213**  
**Kreisverband Karlsruhe Stadt**

**Änderungsantrag zum Antrag I1**

- Änderungsantrag 1:

Streiche Zeile 139 – 146:

*„Die fehlende Präsenz von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des BAMF am Wochenende versucht in der Landeserstaufnahmeeinrichtung regelmäßig einen großen Rückstau von nicht bearbeiteten Registrierungen“*

- Änderungsantrag 2:

Ergänze ab Zeile 218 nach „sicherzustellen“:

*„Es muss gewährleistet sein, dass die Flüchtlinge mit Taschengeld ausgestattet werden. Die Ausgabe muss daher regelmäßig erfolgen, ein 14-tägiger Rhythmus ist nicht ausreichend. Optimalerweise sollte eine erste Taschengeldausgabe in die unmittelbar zu erfolgende Registrierung integriert werden.“*

- Änderungsantrag 3:

Füge ein ab Zeile 225:

*„In allen Einrichtungen der LEA müssen Möglichkeiten geschaffen werden, dass Flüchtlinge*

*Kontakt in ihre Heimat aufnehmen können. Dabei steht insbesondere der Internetzugang im Mittelpunkt“*

- Änderungsantrag 4:

Streiche Zeile 151 – 160

- Änderungsantrag 5:

Zeile 161-167 streichen und ersetzen durch:

*"Der Betrieb einer Landeserstaufnahmeeinrichtung ist Aufgabe der öffentlichen Hand."*

- Änderungsantrag 6:

Füge ein ab Zeile 246:

*„Zu prüfen ist, ob für das Land Baden-Württemberg ein Schlüssel zur UMF Verteilung möglich ist.“*

**Antragsbereich Ä/ Antrag 8  
Kennnummer 4208  
Kreisverband Karlsruhe Land**

**Änderungsantrag zum Antrag I1**

1. S. 48, Z. 141: Streiche „des BAMF“

2. S. 50, Z. 240: Ersetze „vom Land“ durch „vom Bund“

3. S. 50, Z. 241: Füge ein nach „ausgestattet werden“: „, die vom Land an die Kommunen und Landkreise weitergereicht werden,“

4. Z. 345: Ersetze „des Landes Bremen“ durch „der Länder Bremen und Hamburg“

5. S. 53, Z. 7: Füge ein nach „gehalten werden.“: „Zudem soll in Fällen, in denen die Ausreise aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen unmöglich ist, verstärkt von Amts wegen eine Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 5 AufenthG ausgestellt werden.“

**Antragsbereich Ä/ Antrag 9**  
**Kennnummer 4214**  
**Kreisverband Tübingen**

**Änderungsantrag zum Antrag I1**

Füge ein in Zeile 153 nach „haben“: „beziehungsweise noch keine Anhörung gehabt haben,“

Füge ein in Zeile 277: „Hierbei ist dem erhöhten Betreuungsaufwand und damit dem höheren Personalbedarf Rechnung zu tragen.“

**Antragsbereich Ä/ Antrag 10**  
**Kennnummer 4220**  
**Kreisverband Konstanz**

**Änderungsantrag zum Antrag I1**

- Füge ein am Ende der Z. 188: Wir fordern eine Systematisierung und Kontinuität von Mitteln zur Sprachförderung von Flüchtlingen. Eine klare Kompetenzverteilung zwischen den staatlichen Ebenen muss gewährleistet sein.

**Antragsbereich Ä/ Antrag 11**  
**Kennnummer 4209**  
**Kreisverband Alb-Donau**

**Änderungsantrag zum Antrag I1**

Füge ein S. 50, Zeile 236

Bei der Ankunftsuntersuchung ist die Erhebung des Impfstatus, eine anschließende Durchführung der amtlich empfohlenen Schutzimpfungen und die Durchführung medizinisch gebotener Vorsorgeuntersuchungen sicherzustellen.

Füge ein S. 52. Zeile 350

Darüber hinaus sind zivilgesellschaftliche ehrenamtliche Projekte und Initiativen finanziell zu unterstützen, die die Gesundheitsversorgung von Flüchtlingen und Asylbewerber\*innen gezielt verbessern. Diese Initiativen kümmern sich um die Bereitstellung von Dolmetscher\*innen oder die konkrete Beratung der Flüchtlinge vor Ort. Im Namen von Projektförderungen können für die Initiativen auf Antrag Aufwandsentschädigungen und Sachkosten übernommen werden.

**Antragsbereich Ä/ Antrag 12**  
**Kennnummer 4210**  
**Kreisverband Freiburg**

**Änderungsantrag zum Antrag I6**

**Ersetze Zeile ab 14:**

- sich seit mindestens 8 Jahren hier aufhalten, bzw. seit 6 Jahren, wenn ein minderjähriges Kind im Haushalt lebt

**durch:**

- sich seit mindestens 5 Jahren hier aufhalten, bzw. seit 3 Jahren, wenn ein minderjähriges Kind im Haushalt lebt

**Ergänze Zeile 21 nach "(A2-Niveau)":**

Dabei wird die familiäre Lebenssituation, insbesondere die Wohnsituation, in ihrer Gesamtheit berücksichtigt.

**Ergänze Zeile 38:**

- vor ihrem 18. Lebensjahr eingereist sind und seit mindestens 2 Jahren eine Schule, einen Kindergarten oder eine Kindertagesstätte in Deutschland besuchen bzw. in deren Haushalt Minderjährige leben, bei denen dies der Fall ist.

**Ersetze Zeile 41:**

.. soll von sechs auf vier Jahre ..

**durch:**

.. soll von sechs auf drei Jahre ..

**Begründung:**

erfolgt mündlich

**Antragsbereich Ä/ Antrag 13**  
**Kennnummer 4215**  
**Kreisverband Zollernalb**

**Änderungsantrag zum Antrag I6**

Ersetze Zeile 24 bis 27

~~ihren Lebensunterhalt zumindest teilweise durch Erwerbstätigkeit eigenständig sichern oder dies in absehbarer Zukunft tun werden~~



durch

"ihren Lebensunterhalt eigenständig sichern"

**Begründung:**

Eine teilweise Erwerbstätigkeit oder in absehbarer Zukunft ist eine zu ungenaue Beschreibung. Deshalb ersetzen wir diesen Satz durch die genaue Aussage, dass Geduldete ihren eigenen Lebensunterhalt eigenständig in vollem Umfang sichern sollen. Damit begründen sie ihre eigene Lebensgrundlage. Wodurch die Teilhabe an der Gesellschaft und die Selbstwertschätzung der Geduldeten sichergestellt wird.

**Antragsbereich Ä/ Antrag 14**

**Kennnummer 4222**

**Kreisverband Konstanz**

**Änderungsantrag zum Antrag PO1**

- Ersetze Z. 3-4 „per offener Vorwahl von der Parteibasis“ durch: „per offener Vorwahl nach dem Vorbild unserer französischen Schwesterpartei Parti Socialiste“

**Antragsbereich Ä/ Antrag 15**

**Kennnummer 4211**

**Kreisverband Freiburg**

**Änderungsantrag zum Antrag PO2**

**Ersetze Zeile 12 bis 15:**

1. Der Parteivorstand verpflichtet sich ..

**durch:**

1. Der Parteivorstand verpflichtet sich eine Internetplattform einzurichten, die Partei-Mitgliedern das Eröffnen eines Mitgliederbegehrens, sowie das diskutieren und unterzeichnen eben jener, in einfacher und übersichtlicher Art und Weise ermöglicht.

**Ersetze Zeile 17 bis 24:**

2. Falls ein Mitgliederbegehren ..

**durch:**

2. Über die Einführung der Internetplattform für Mitgliederbegehren haben alle entsprechenden Parteiorgane (Vorwärts, Newsletter der Landesverbände, etc.) neutral zu berichten. Darüber hinaus soll die Plattform eine Newsletter-Option bereitstellen, die Partei-Mitglieder auf freiwilliger Basis automatisch über neu-initiierte Mitgliederbegehren, sowie die

Ergebnisse abonniertes Mitgliederbegehren informiert.

**Ergänze Zeile 27 nach "bei Begehren ..":**

auf Bundesebene

**Ergänze Zeile 33 nach "bei Begehren ..":**

auf Bundesebene

**Streiche Punkt 5 (Zeile 37 ff).**

**Streiche Punkt 6 (Zeile 43 ff).**

**Begründung:**

erfolgt mündlich

**Antragsbereich Ä/ Antrag 16**

**Kennnummer 4219**

**Kreisverband Zollernalb**

**Änderungsantrag zum Antrag PO2**

Streiche Zeile 32 bis 35

~~4. Halbierung der benötigten Unterstützerunterschriften bei Begehren von 10% auf 5% der Mitgliedschaft (u.a. §13 Abs. 3 Organisationsstatut).~~

**Begründung:**

Um ein Mitgliederbegehren durchzuführen, sollte ein großer Rückhalt aus der Mitgliedschaft gewährleistet sein. Deshalb ist die bisherige Regelung von 10% sinnvoller als eine niedrigere Prozentzahl. Bei einer zu geringen Hürde bestünde die Gefahr, dass die Anzahl der Begehren überdurchschnittlich ansteigen könnten. Außerdem ist durch einen 10%igen Rückhalt der Mitglieder die Chance höher, das Begehren auch tatsächlich durchzusetzen.